

Pär Ström:
Die Überwachungsmafia.
 Das gute Geschäft mit unseren
 Daten, München, Wien 2005,
 340 S. (19,90 Euro)

Tobias Singelstein, Peer Stolle:
Die Sicherheitsgesellschaft.
 Soziale Kontrolle im 21. Jahr-
 hundert, VS Verlag für Sozial-
 wissenschaften Wiesbaden 2006,
 160 S. (19,90 Euro)

Mit dem Buch »Die Überwachungsmafia« will der schwedische Journalist Pär Ström einen detaillierten Überblick geben, wo wir wann, wie, von wem und warum ausspioniert werden. Er widmet sich damit einem der drängendsten Problembereiche der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung. Das Buch besteht aus zwei Hauptteilen, von denen sich der erste der Darstellung der vielen technischen und institutionellen Möglichkeiten von Überwachung widmet. Der zweite gibt sich philosophisch und versucht, grundlegendere Fragen zu beantworten.

Den mit »Elektronische Überwachung und Spionage« überschriebenen Hauptteil zu lesen, ist recht lohnend. Die 16 Kapitel sind ein Kompendium der Überwachung. Den roten Faden bildet des Autors Suche nach Stellen, an denen wir *digital fingerprints* hinterlassen – allzu oft ohne es zu bemerken und ohne Einfluss auf die Verwendung der Daten zu haben. Der Autor beschränkt sich dabei nicht auf die Beschreibung des Status quo des ohnehin allgemein Verbreiteten und Durchgesetzten, wie der Videoüberwachung oder die Erstellung von Käuferprofilen durch Kundenkarten. Pär Ström sucht nach sich abzeichnenden Entwicklungen und zeigt die realisierbaren Möglichkeiten, deren Einführung uns bald drohen könnte. Die einzelnen Kapitel widmen sich den Themen wie »Profilerstellung von Flugpassagieren«, »Echelon – das globale Überwachungssystem«, »Wie U-Bahnen und Autos sie ausspähen werden«, »Mikrochips im Körper und sonstige Standortüberwachung«, »Kameraüberwachung mit Gesichtserkennung und Verhaltensdeutung«,

»Biometrische Personenerkennung«, »Computer, Telefon und Fernsehen protokollieren die Aktivitäten der Nutzer«, »Elektronische Überwachung am Arbeitsplatz«, »Spionageprogramme auf dem Vormarsch«, »Verräterische Hintertüren«, »Mikrochips in Waren senden Informationen« usw.

Vielleicht klingt manche Kapitelüberschrift etwas marktschreierisch. Dem Autor allerdings ist dies nicht vorzuwerfen, die Entwicklungen selbst sind umso reißerischer. Man denke nur an die Kinder, deren Eltern mittels einer Funksignale ausstrahlenden Uhr rund um die Uhr im Internet überwachen, wo die Kleinen sich aufhalten. Man denke an die Angestellten, die, wenn sie ihren Job im Hochsicherheitsbereich behalten wollen, dazu gezwungen werden, sich einen Identifikationschip unter die Haut spritzen zu lassen. Man denke an die Autofahrerinnen und -fahrer, deren Mietwagen plötzlich nicht mehr weiterfährt, weil er als Reaktion auf eine leichte Geschwindigkeitsübertretung per Funk eingestellt wurde. Man denke an die Personen, die wegen einer Namensübereinstimmung mit nur des Terrorismus Verdächtigen unabänderlich auf einer US-amerikanischen *no fly list* landen. Mögen diese Beispiele noch erträglich klingen, was ist dann mit der permanenten Überwachung von E-Mails, der Speicherung sämtlicher Telefon- und Internetverbindungen? Die zunehmenden technischen Möglichkeiten können ganz schnell zu handfesten Nachteilen gereichen, wenn beispielsweise Versicherungen mittels gekaufter Daten Risiken abschätzen und Menschen, die mal Herzmittel gekauft haben, von Lebensversicherungen ausschließen, oder wenn Banken aufgrund des bisherigen Kaufverhaltens oder alter Schulden Konten verweigern. An der Basis für solches Gebaren stricken wir alle jeden Tag mit, wenn wir unsere meist digitalen Spuren ablegen, die *data miner* später auswerten – im Internet, im Geschäft, im Bankautomaten, in der Kameraüberwachungszentrale – ohne auch nur die Chance zu haben, dies zu umgehen.

Ausführlich stellt Pär Ström all dies dar. Was dem Buch aber fehlt, ist eine Deutung und Einordnung der vielen beschriebenen Phänomene in gesellschaftliche Entwicklungstendenzen. Der Autor erkennt durchaus das Gewinnstreben von Firmen als zugkräftigen

Motor des Überwachungsbaus. Er sieht das Ausmaß an Überwachung aber v. a. als Maß für das Pendeln von Gesellschaften zwischen den Polen Überwachungsstaat und Anarchie, wobei westliche Gesellschaften sich derzeit dem ersteren nähern.

Die Befürchtung des Autors, dass wir eines Tages in einem Überwachungsstaat à la George Orwells 1984 aufwachen, sind Ausdruck dieser Sicht. Doch die Spezifik heutiger Überwachung (Orwell kritisierte eher den Stalinismus) ist wohl metaphorisch besser mit *several little and big sisters* umschrieben. Nicht die totale Zentralität der Macht in der Hand einer Kontrollinstanz ist heute kennzeichnend, sondern die umfassende, aber dezentralisierte Kontrollierbarkeit. Das Paradigma dahinter ist der Neoliberalismus, das in der Krise des Postfordismus scheinbar allein selig machende Paradigma, einer Mischung aus mehr Markt, mehr »Selbstverantwortung« und somit schließlich mehr Selbstkontrolle. All die Überwachungstechnologien und -gesetze sind also nicht nur ein kontinuierlicher materieller Eingriff in das Leben der Menschen, sondern sie sind in ihrer Dezentralität und Allgegenwart Mittel der *Gouvernementalität*, der Versuch der Subjektivierung der Kontrolle, letztlich ihrer Verlagerung in entsprechend angepasste Individuen hinein.

Ein Blick in Foucaults »Überwachen und Strafen« kann beim Verständnis der vielen Phänomene ordnen helfen. Der Fokus da ist Überwachung als Mittel von Kontrolle, ein Blickwinkel, den auch die kritischen Kriminologen Tobias Singelstein und Peer Stolle in »Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert« einnehmen. Sie liefern über die Aufzählung und Skandalisierung von Einzelphänomenen hinaus eine umfassende Beschreibung und Kritik gegenwärtiger sozialer Kontrolle. Dabei gehen sie davon aus, dass soziale Kontrolle immer ein Ausdruck der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Singelstein/Stolle orientieren sich an den Arbeiten des britischen Kriminologen David Garland (»The Culture of Control«), der Veränderungen im britischen Strafrechtssystem vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Transformationsprozesse analysiert hat.

Zunächst gehen die Autoren auf den gesellschaftlichen Wandel ein, der die USA, Groß-

britannien und – zeitlich versetzt – Kontinentaleuropa erfasst hat, um vor diesem Hintergrund die Herausbildung der neuen Formation sozialer Kontrolle zeigen zu können. Sie beschreiben, wie die Globalisierung und Internationalisierung der Marktbeziehungen, die Flexibilisierung der Arbeits- und Sozialverhältnisse, die Privatisierung staatlicher Aufgaben, der Umbau des Wohlfahrtsstaates und die Übertragung des Primats der Ökonomie auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche zu einer stärkeren Ausdifferenzierung der sozialen Lagen und einer zunehmenden sozialen Desintegration und Verunsicherung geführt hat. Diese strukturellen Prozesse werden zusätzlich von Akteuren und Ideologien beeinflusst, zum Beispiel moralisch-religiösen Konservativen (vor allem in den USA) und neoliberalen Konzepten.

Als Folge dieser Entwicklungen verändert sich das Kontrollsystem. Während es bislang auf Integration und Resozialisierung abzielte, heißt das neue Paradigma Risikologik. Diese Logik prägt die gegenwärtige Formation sozialer Kontrolle und ist Grundlage für eine alles durchdringende Rationalität der Sicherheit. Es geht nicht mehr um die Problembearbeitung und Konfliktlösung, sondern die Normabweichung wird als erwartbarer, technisch zu regulierender Sachverhalt aufgefasst. Mit der Etablierung dieser Risikologik korrespondiert die Zunahme von gesellschaftlicher Verunsicherung durch die Prekarisierung der Lebensverhältnisse. Beides zusammen führt zu einem stark steigenden Sicherheitsbedürfnis.

Angesichts dieser Bedeutung von Sicherheit bezeichnen Singelstein/Stolle die neue Formation sozialer Kontrolle als »Sicherheitsgesellschaft«, deren Konturen Aldo Legnaro bereits 1997 als »spezifische gesellschaftliche Organisation zur Herstellung von Ordnung« beschrieben hat.

Obwohl Singelstein/Stolle die gegenwärtige Formation sozialer Kontrolle kritisieren, gehen sie davon aus, dass soziale Normen und Regeln grundsätzlich notwendig, jedoch wesentlich von den jeweils herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen bestimmt sind. Zur kritischen Analyse der Sicherheitsgesellschaft ziehen Singelstein/Stolle konflikt- und hegemonietheoretische Ansätze heran sowie den Etikettierungsansatz und den Ansatz der Gou-

vernementalität (Foucault) und arbeiten zwei Grundzüge einer Kritik heraus: Zum einen führt Sozialkontrolle zu einer Absicherung gesellschaftlicher Strukturen, die Ausdruck wie Bedingung von Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Herrschaft und Macht sind. Zum anderen erfahren die Mechanismen sozialer Kontrolle eine Verlagerung vom sozialen Nahraum hin zu professioneller Kontrolle. Dabei gewinnen Mechanismen mit subtil-manipulativem Charakter an Bedeutung, d. h. Macht setzt auf Zustimmung und Akzeptanz und tritt nicht offen als Herrschaft zutage.

Mit einem Kapitel über eine alternative Perspektive von sozialer Kontrolle beenden die beiden Autoren das Buch. Singelstein/Stolle setzen der Macht- und Herrschaftsförmigkeit ein Leitbild entgegen, »das einerseits individuelle Freiheit befördert und andererseits einen sozialen Interessenausgleich und eine Lösung von Konflikten zwischen den Individuen ermöglicht« (S. 119). Im Mittelpunkt steht jedoch eine negative Kritik der Sicherheitsgesellschaft, die die gesellschaftlichen Bedingungen und die herrschende Rationalität der Sicherheit in den Blick nimmt.

Die derzeit gebräuchliche Kritik der »Sicherheitsgesellschaft« ist nach Singelstein/Stolle jedoch nicht dazu geeignet, die Perspektive einer alternativen Sozialkontrolle in die wissenschaftliche und öffentliche Diskussion einbringen zu können, oftmals erscheint sie sogar als Legitimation der gegenwärtigen Formation. Wer beispielsweise Kosten und Effizienz bestimmter Maßnahmen (z. B. Videoüberwachung) kritisiert, kritisiert die Formen der Umsetzung und deren Begleitumstände und nicht die konkreten Maßnahmen. Dabei läuft er Gefahr, sich unfreiwillig an der Effektivierung staatlicher Sicherheitsstrategien zu beteiligen.

»Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert« ist eine gelungene Beschreibung der Entwicklung gegenwärtiger sozialer Kontrolle. Die Verwendung des Begriffs »Sicherheitsgesellschaft« zur Analyse der gegenwärtigen Formation kann dabei überzeugen. Eine besondere Bereicherung sind die Zusammenfassungen, die als kurze Überblicke über bestimmte wissenschaftliche Diskurse oder theoretische Ansätze gelesen werden können.

Die abschließenden alternativen Argumentationen sind leider sehr allgemein gehalten. Überhaupt hätten Beispiele an der einen oder anderen Stelle zum besseren Verständnis des Textes beigetragen. So bleibt das Buch in seiner Anlage ein theoretisches, das durch die wissenschaftliche Sprache dem einen oder der anderen nicht-wissenschaftlichen Leserin oder Leser Durchhaltevermögen abverlangen wird. Schade, wo die Autoren sich doch im Vorwort wünschen, dass ihr Buch über den wissenschaftlichen Bereich hinaus Beachtung finden möge. Dies ändert jedoch nichts daran, dass man Menschen, die einen kritischen Überblick suchen, das Buch uneingeschränkt empfehlen kann.

ANDREAS MARCH, PETER ULLRICH

**Hermann und Gerda Weber:
Leben nach dem »Prinzip links«.
Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten,
Christoph Links Verlag
Berlin 2006, 480 S. (19,90 Euro)**

Im kommenden Jahr feiert Hermann Weber seinen 80. Geburtstag. Wie kein anderer hat der Mannheimer Professor die bundesdeutsche Kommunismus- und DDR-Forschung geprägt, als deren Nestor er längst gilt. Nun blickt er in seinem neuen Buch zusammen mit seiner Frau Gerda auf fünf bewegte Jahrzehnte ihres gemeinsamen Lebens zurück.

Die Erinnerungen schließen an Hermann Webers ebenfalls autobiographischem Werk »Damals, als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule ›Karl Marx‹ bis 1949« an, in dem er seine Zeit als Studierender der SED-Parteihochschule, an der er Gerda kennen lernte, sowie die beginnende Entfremdung vom Stalinismus beschrieb. Das nun vorliegende Buch, in weiten Teilen aus der Erzählperspektive Hermann Webers geschrieben, setzt mit den Verhaftungen der beiden Webers 1953 in Westdeutschland ein. Ihm wurde die illegale Tätigkeit für die bereits verbotene kommunistische Freie Deutsche Jugend (FDJ) zur Last gelegt, ihr die Rolle als führende Funktionärin im kommunistisch beeinflussten

Demokratischen Frauenbund Deutschland (DFD). Die Verhaftungen kamen gerade zu dem Zeitpunkt, als die beiden ihren schon länger geplanten und dann mehrfach verschobenen Bruch mit dem Stalinismus endlich öffentlich vollziehen wollten. Aus dem Gefängnis heraus aus der kommunistischen Bewegung auszutreten, kam für beide allerdings nicht in Frage, um vor den Genossen und der Polizei nicht als Überläufer zu erscheinen.

Mehrere Monate verbrachten sie in Untersuchungshaft. Der Gefangenennalltag wird anschaulich beschrieben, wobei deutlich hervorgehoben wird, wie viel besser es Kommunisten trotz aller Unerfreulichkeiten in westdeutschen Gefängnissen hatten, verglichen mit den furchtbaren Schicksalen zahlreicher kommunistischer Häftlinge in der DDR. Erst nach der Freilassung konnte der Bruch mit dem Stalinismus – und dass hieß damals: mit der gesamten offiziellen kommunistischen Bewegung, in der beide tief verwurzelt waren – öffentlich vollzogen werden. Hermann Weber etwa provozierte seinen Ausschluss aus der KPD durch das Verschicken trotzkistischer Materialien an verschiedene Funktionäre. Der Bruch mit dem Stalinismus bedeutete für die Webers aber keineswegs einen Bruch mit dem Marxismus. Sie blieben linke Sozialisten, auf der Suche nach Alternativen sowohl zum Realsozialismus wie auch zur westdeutschen kapitalistischen Restauration. Eine Suche, die sie in Kontakt zu den verschiedenen Strömungen der nichtstalinistischen Linken der 50er Jahre brachte. Wie viele andere oppositionelle Kommunisten dieser Zeit trat Hermann Weber in die SPD ein, war dort aktiv in linken Zirkeln und weiterhin auf der Suche nach einem »Dritten Weg« (so der Name einer Zeitschrift, an der er mitarbeitete) zwischen Ost und West.

Der erste Teil des Buches liefert so ein sehr anschauliches und spannend zu lesendes Porträt der fast vergessenen deutschen Linken vor 1968 in ihren verschiedensten Facetten, von der KPD über diverse linke Splittergruppen bis hin zu linken Gewerkschaftern und Sozialdemokraten, dem SDS und den Falken. Ausgehend von eigenen Erfahrungen treibt Weber nun sein Leben lang die Frage um, worin die Ursachen der »Wandlung des Kommunismus aus einer Abspaltung von der sozialen Emanzipationsbewegung mit dem Ziel ei-

ner klassenlosen Gesellschaft hin zu einem System der Unterdrückung und des Massenterrors« (S. 450) lagen. Antworten auf diese Frage versuchte er ab dem Ende der 50er Jahre mit seinen umfangreichen Forschungen zu finden.

So liegt der Schwerpunkt des zweiten Teils des Buches auf den Stationen von Hermann Webers beachtlichem Werdegang als Wissenschaftler. Als der Dreißigjährige 1958 bei einem Vortrag das erste Mal eine Uni von innen sah, waren ihm akademische Gepflogenheiten noch so fremd, dass er das anschließende Klopfen auf den Tischen als ein Zeichen des Missfallens wertete und empört reagierte. Der Arbeitersohn Weber, der sein Abitur erst in den 60ern nachholte, schaffte es dann in nur neun Jahren vom Erstsemester zum ordentlichen Professor. Seine Forschungen brachten ihn dabei immer wieder in Kontakt zu zahlreichen damals noch lebenden historischen Figuren der kommunistischen Bewegung, die Weber in gewohnter Manier in Kurzbiographien vorstellt. Ausführlich beschrieben werden die Reaktionen des SED-Regimes und seiner Historiker auf Webers Forschungen in Form von üblen Angriffen und Verleumdungen ebenso wie die Geschichten der wiederholt auf Weber und sein Umfeld angesetzten Stasi-Spitzel.

Leider tritt dabei die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen der Linken seit Mitte der 60er Jahre stark zurück. Die Studentenbewegung und die neue Linke der 70er Jahre werden außer anhand von Webers Engagement im Republikanischen Club Mannheim oder in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit kaum behandelt. Ausführlich beschreibt Weber hingegen sein verdienstvolles Engagement zur Rettung der ostdeutschen Archive nach 1989 und seinen Einsatz in der Enquete-Kommission des Bundestages in den 90er Jahren.

Die Webers berichten über ihr Leben sowohl als Augenzeugen wie als Historiker, die das Dargestellte mit Fakten belegen. Ihr Leben stellen sie unter das Motto des »Prinzip links«, dem Prinzip eines in der Tradition der Aufklärung stehenden »humanen, freiheitlichen und antistalinistischen Sozialismus« (S. 139). Auf aktuelle politische Entwicklungen wie etwa die der Linkspartei wird dabei bedauerlicherweise nur sehr kurz eingegangen. Sie wird

– Matthias Platzeck zitierend – einfach als »alles, aber nicht links« (S. 451) charakterisiert. Abschließend schreibt Weber, er bleibe im Kern bei der Feststellung, dass »das hohe Ideal einer Gesellschaft ohne Klassen und Ausbeutung, ohne (...) Rassenhass und Völkerkriege weiterhin als Richtschnur von Politik gelten« sollte (S. 452). Wie er als Ort für eine solche Politik nach Asylkompromiss, Kosovokrieg und Hartz-IV-Gesetzen immer noch die SPD sehen kann, erklärt er uns aber leider nicht.

FLORIAN WILDE

**Peter Bathke,
Susanne Spindler (Hg.):
Neoliberalismus und Rechts-
extremismus in Europa.
Zusammenhänge – Widersprüche –
Gegenstrategien,
Karl Dietz Verlag Berlin 2006,
225 S. (14,90 Euro)**

»Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien«: So das Thema einer Konferenz, die am 3./4. Dezember 2005 in Köln stattfand. Die Veranstaltung war von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Fraktion der Linken im Euro-päischen Parlament GUE/NGL, dem Espaces Marx Paris und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin veranstaltet worden. Sie hatte internationale Dimension, Wissenschaftler aus Belgien, Frankreich, Österreich, den Niederlanden sowie aus Deutschland unterbreiteten den zahlreichen Teilnehmern ihre Auffassungen und diskutierten mit ihnen.

Nun ist Gelegenheit, die Mehrzahl der gehaltenen Beiträge in dem von Peter Bathke und Susanne Spindler herausgegebenen Buch zur Konferenz zu lesen, vorgetragene Argumente zu prüfen und eigene Überlegungen anzustellen.

Seit längerer Zeit betonen Vordenker rechts-extremistischer Parteien, nicht nur in Deutschland, dass sie einen Strategiewechsel vorgenommen haben. Erklärermaßen soll die

»soziale Frage« im Zentrum von Ideologie und Politik, von Anhänger- und Sympathisantenschulung sowie von Wählermobilisierung stehen. Diese Vorgehensweise kommt oft mit dem Anspruch einher, sich im weltweit dominierenden, global organisierten Neoliberalismus als einzige Kraft der sozialen Sorgen und Nöte der ärmsten Schichten der Bevölkerung anzunehmen. Wie rechtsextremistische Programme, Schulungsdokumente und Wahlzeitungen verdeutlichen, gerieren sie sich als die besten Vorkämpfer für mehr soziale Gerechtigkeit. Wahlerfolge und zunehmende politische Resonanz in der Bevölkerung europäischer Länder für rechtsextremistisches Gedankengut scheinen für den Erfolg dieses Strategiewechsels zu sprechen.

Grund genug, um mit der Kölner Konferenz eine Lageanalyse zu versuchen und über effektive Gegenstrategien nachzudenken.

Vier Fragenkomplexe spielten in den Referaten, im Disput in verschiedenen Arbeitskreisen sowie bei der abschließenden Podiumsdiskussion eine zentrale Rolle, tauchten immer wieder auf.

Welche Wandlungen sind im gegenwärtigen Neoliberalismus zu beobachten, wo liegen die besonderen Gefährdungen für sozial Schwache? Inwieweit sind Rechtsextremisten (wie andere gesellschaftliche Kräfte auch) in der Lage, Aspekte dieser Veränderungen richtig widerzuspiegeln – und was heißt das für linke Gegenstrategien?

Gibt es wirklich zwei unterschiedliche Strömungen rechtsextremistischer Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus: zum einen jene, die partiell die vorherrschende, übernational organisierte Wirtschaftsweise von heute und ihre sozialen Folgen als teilweise objektiv gegeben anerkennt; zum anderen jene, die den strikten Kampf, die Besinnung auf den absoluten Vorrang der nationalen Interessen in Wirtschaft und Sozialpolitik auf ihre Fahne geschrieben hat. Diese Kräfte ringen um die Herstellung einer nationalen »Volksfront« als Interessengemeinschaft – von Unternehmern, abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen in einem Land – und als Solidargemeinschaft gegen die Globalisierung, gegen »das Ausland« bzw. »die Ausländer«? Welches sind die überzeugendsten linken Gegenargumente zu beiden Gruppierungen?

Welche Gegenstrategien sind am geeignetsten, um rechtsextremistische Einstellungen bei Menschen verschiedenen Alters, unterschiedlicher Sozialisation und sehr differenzierter persönlicher sozialer Stellung zu bekämpfen? Wie kehrt man generell den Prozess um, dass Rechtsextremismus die so genannte »Mitte der Gesellschaft« erreicht hat, von den einen lauthals, von anderen eher noch verdeckt und von wieder anderen als normale Auffassung neben der eigenen zunehmend toleriert bzw. akzeptiert wird?

Die Fülle der in dieser Publikation angesprochenen Themen erlaubt dem Rezensenten einen Trick. Er rettet sich in die Formel: Das Buch kaufen und selber lesen – es lohnt sich sehr!

Noch eines soll betont werden, bevor wenigstens die Struktur des Buches zur Konferenz vorgestellt werden soll. Den Referenten wie Zuhörern der Konferenz war bewusst, dass für gleiche oder ähnliche Phänomene unterschiedliche Begriffe benutzt wurden: »Rechtsextremismus«, »Rechtspopulismus«, »Rechtsradikalismus« »die Rechte«, »die extreme Rechte«, »die neue Rechte« – zum Beispiel.

Die Vertreter der verschiedenen Länder setzten auch voraus, dass rechte Parteien in den jeweiligen Ländern einen unterschiedlichen Grad von Masseneinfluss erreicht haben, der in Einzelfällen bis zur realen Möglichkeit der Regierungsbeteiligung reicht. Gemeinsamkeiten und Unterschiede rechter Programmatik und Politik wurden durchaus deutlich. Beide Aspekte wurden in den Debatten kenntlich, jedoch (diesmal) nicht ausführlicher selbst zum Thema gemacht.

Der Tagungsband ist in vier Abschnitte unterteilt. Modernisierter Rechtsextremismus in Europa; Zusammenhänge von Neoliberalismus und Rechtsextremismus. Hierzu referierten: Christoph Butterwegge, Jean-Yves Camus (Frankreich), Herbert Schui und Christina Kaindl.

Verschärfung sozialer Ungleichheit, struktureller Rassismus und rechtsextreme Gesellschaftsentwürfe. Diskussionsgrundlagen boten hierzu: Gerd Wiegel, Helmut Dworzak (Österreich), Vincent Scheltiens (Belgien), Ineke Van der Valk (Niederlande), Loic Wacquant (Frankreich).

Umgang der extremen Rechten mit neuen sozialen Unsicherheiten sowie die Haltung der Gewerkschaften. Texte hierzu von: Gudrun Hentges, Jörg Flecker, Gabrielle Balasz (Frankreich), Klaus Dörre, Michael Fichter, Richard Stöss, Bodo Zeuner.

Widerstand gegen rechtes Denken und Handeln. In dieser Rubrik finden sich Beiträge von Wolfgang Dressen, Jonas Frykman, Olga Schell und Dirk Burczyk. Außerdem wird eine Zusammenfassung des Abschlusspodiums der Konferenz geboten; an der Debatte des Podiums unter der Moderation von Meinhard Meuche-Mäker hatten sich beteiligt: Hermann Dworzak (Österreich), Elisabeth Gauthier (Frankreich), Vincent Scheltiens (Belgien), Gerd Wiegel und (aus dem Publikum) René Monzat (Frankreich).

Wesentliche Erkenntnis der Konferenz und mit diesem Sammelband bekräftigt wurde das dringende Anliegen, dass all jene, die sich von »Links« mit »Rechts« in Europa auseinandersetzen, ihren Meinungs- und Informationsaustausch wesentlich intensiver und kontinuierlicher gestalten sollten.

HORST HELAS

Stephan Krüger:
Konjunkturzyklus und
Überakkumulation,
VSA-Verlag Hamburg 2007,
168 S. (12,80 Euro)

Während die politische Linke immer mehr von Karl Marx abzurücken scheint und die Rezeption seiner Werke hier eher symbolisch, zufällig und selektiv erfolgt als umfassend und systematisch, gibt es in der Theorie immer wieder hoffnungsvolle Versuche, die Fragen unserer Zeit mit Hilfe eines Rekurses auf die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zu beantworten. Als jüngstes Beispiel hierfür empfiehlt sich die Lektüre des Buches von Stephan Krüger. Im Gegensatz zu der zuletzt von Katja Kipping vorgeschlagenen »Blütenlese« bei Marx (vgl. UTOPIE kreativ 196, S. 126-131), wobei bestimmte Ideen und Thesen aus dem Kontext herausgelöst und damit theoretisch weitgehend entwertet werden, un-

terstellt dieses Herangehen ein *ganzheitliches Verständnis* der Marxschen Theorie und ein darauf abgestimmtes Vorgehen. Wesentlich hierfür ist, dass die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie trotz ihrer Unabgeschlossenheit und historischen Begrenztheit »als paradigmatische Einheit« begriffen wird. Es geht hier also nicht um »die Einpassung einzelner Theorieversatzstücke in moderne Ansätze, auch nicht um ein oftmals vorschnelles Verwerfen einzelner tragender Säulen und schon gar nicht um einen wohlfeilen Abgesang als Eintrittsbillet für den Club der mainstream scientific community«, sondern darum, »die analytische Kraft« der Marxschen Theorie für die Erklärung aktueller Entwicklungsprozesse nutzbar zu machen und damit einen substanziellen Beitrag zur Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus zu leisten (S. 9 f.). Unterstützung erhält der Autor dabei von zwei Seiten: von dem internationalen Diskurs, der sich zuletzt wieder stärker mit der Marxschen Theorie, insbesondere mit dem *Kapital*, beschäftigt und von den »enttäuschenden Ergebnissen«, welche die keynesianischen und heterodoxen Ansätze in letzter Zeit zu bieten haben. Vor diesem Hintergrund wächst das Interesse an einer theoretisch konsistenten Erklärung des Kapitalismus, wie sie die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie anbietet.

Krüger beginnt seine Darstellung mit dem Arbeitsbegriff, der Wertbestimmung und dem Wertgesetz. Zentral für ihn sind jedoch Reproduktion, Konjunkturzyklus und Akkumulation. Im Unterschied zur monetär-keynesianischen Schule sieht er die wesentlichen Triebkräfte der wirtschaftlichen Entwicklung aber nicht im Geldkapital und einer sich verselbständigenden Geldkapitalakkumulation konzentriert, sondern nach wie vor im industriellen Kapital und der Mehrwertproduktion (S. 30). Unter der Ägide einer finanzmarkt-gesteuerten Realkapitalakkumulation, wie wir sie heute vorfinden, gewinnen die monetären Parameter (Eigenkapitalrendite, Zins, Kapitalisierung et cetera) jedoch »beherrschenden Einfluss auf reproduktive Prozesse«, was sich mit dem traditionellen Theorieansatz nur schwer erklären lässt. Krüger löst dieses Problem, indem er die »finanzgesteuerte Realkapitalakkumulation ... als immanente Re-

aktionsweise eines von struktureller Überakkumulation von Kapital heimgesuchten Reproduktionsprozesses« interpretiert (S. 33). Damit knüpft er an eine seiner früheren Thesen, die »Überakkumulationsthese«, an (vgl. Stephan Krüger: *Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation*, Hamburg 1986) und schreibt diese fort, gemäß den sich zwischenzeitlich veränderten Bedingungen. Ob dies der Sache gerecht wird, soll dahin gestellt bleiben. Möglicherweise haben sich die Reproduktionsbedingungen des Kapitals in den letzten zwei Jahrzehnten derart verändert, dass es zur Erklärung *neuer* theoretischer Ansätze bedarf. Vielleicht aber auch nicht. Auf jeden Fall besitzt die Marxsche Theorie auch heute noch einigen Erklärungswert. Dies zeigt der empirische Teil des vorliegenden Buches, worin die Theorie anhand der statistischen Daten für die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland überprüft wird. Der Autor hat sich die Aufgabe gestellt, auf Basis der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie »eine empirische Analyse der Kapitalakkumulation und ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen« durchzuführen (S. 106). Seine Hauptaussage lautet, dass sich hier zwei Perioden unterscheiden lassen: eine von 1950 bis 1975 und eine zweite von 1976 bis heute. Während für erstere eine »beschleunigte Akkumulation« typisch war, ist letztere durch »Überakkumulationsphänomene« gekennzeichnet. Krüger spricht von »struktureller Überakkumulation« und einem langfristigen Zustand von »Überakkumulationsdilemmata« (S. 151). Andere Autoren sehen ebenfalls Mitte der 1970er Jahre eine Zäsur, binden diese aber stärker an einen Umbruch des Produktionsregimes (Fordismus – Postfordismus) oder der gesamtwirtschaftlichen Regulation. Insofern steht die Überakkumulationsthese nicht im Widerspruch zu anderen Erklärungen, sondern ergänzt diese.

Dies gilt auch für die zahlreichen Indikatoren, die Krüger für die Begründung seiner These heranzieht. Ebenso für die Grafiken, welche den Konjunkturzyklus belegen und die Veränderungen seit Mitte der 1970er Jahre evident machen.

Es ist kein Zufall, dass die monetären und finanziellen Prozesse in diesem realökonomischen Modell zu kurz kommen, teilweise »un-

scharf« dargestellt sind und eigenwillig bewertet werden. Dies betrifft das Verhältnis von Geldkapital, Leihkapital und Geld (Liquidität) auf S. 81 f., das Problem der Fristentransformation im Bankwesen (S. 83), den finanzmarktgesteuerten Kapitalismus (S. 93 f.) und den Geldangebotsprozess (S. 94). Gerade auf diesem Gebiet haben sich in den letzten Jahrzehnten gewaltige Veränderungen vollzogen, mit deren Erklärung die »klassische Theorie« überfordert ist. Dies markiert die Grenzen eines in Vielem durchaus produktiven Rückgriffs auf Marx und damit zugleich eine Schwäche dieses Ansatzes. Die zweite Schwäche liegt in der zu skizzenhaften Darstellung des Weges zur Überwindung der strukturellen Überakkumulation. Die hier vorgestellte These lautet, dass eine Stärkung der Konsumnachfrage, wie sie von keynesianischer Seite vorgeschlagen wird, nicht hinreichend sei, um das Überakkumulationsdilemma zu überwinden. Zudem müssen die Verteilungsverhältnisse und die diesen »unterliegenden Kapitalstrukturen und Produktionsbedingungen« verändert werden. Aber wie? Zum einen gehe es um die wirtschaftspolitische Unterstützung bei der Schaffung von Innovationen. Zum anderen um »Interventionen zur Reproportionierung des reproduktiv fungierenden Kapitals einerseits, des fiktiven Kapitals andererseits« (S. 97). Insbesondere zur Kontrolle des »fiktiven Kapitals« werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Diese jedoch bleiben allesamt dem traditionellen Muster verhaftet und werden damit den Anforderungen an die Gestaltung eines finanzmarktgesteuerten modernen Kapitalismus kaum gerecht. Hierzu ist also weiteres Nachdenken gefragt, um schließlich mit Marx über Marx hinaus zu kommen.

ULRICH BUSCH

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- I**
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 135 bis 158 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 134 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift